



Landes-SGK EXTRA Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Jahr 2021 hat es in sich – bereits am 14. März stehen Landtagswahlen bei uns in Rheinland-Pfalz, aber auch im Nachbarland Baden-Württemberg an. Nicht zu vergessen ist natürlich neben weiteren Landtags- und Kommunalwahlen auch die Bundestagswahl, die im September stattfinden wird.

Das Ziel für die Landtagswahl ist klar definiert: Wir setzen alles in Bewegung, um unsere Malu als Ministerpräsidentin zu behalten und eine starke Landtagsfraktion zu bilden!

Kommunale Themen

Für die Umsetzung dieses Vorhabens sind vor allem auch wir, die kommunalen Mitglieder, maßgeblich von Bedeutung. Wir tragen die sozialdemokratischen Ideen in die Kommunen und bewegen etwas für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Daher hat sich die SGK sehr für die Aufnahme kommunaler Themen in das SPD-Regierungsprogramm engagiert. Zentrale Ideen unseres Leitantrags, der auf der Landesdelegiertenversammlung im letzten Herbst beschlossen wurde, haben es in das Papier geschafft. Im Folgenden möchte ich auf einige Punkte zu sprechen kommen.

So liegt das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehren der SGK besonders am Herzen: Die wichtige gesellschaftliche Aufgabe, verbunden mit Pflichten und einer großen Verantwortung, bedarf einer großen Wertschätzung.

Um näher zu untersuchen, welche Rahmenbedingungen die ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen für ihre Tätigkeit benötigen, soll eine umfangreiche Studie zum Thema „Ehrenamt Feuerwehr in Rheinland-Pfalz“ auf den Weg gebracht werden. Auch Themen wie die Aus- und Weiterbildung, Freistellung, Nachwuchsgewinnung, Aufwandsent-



Nico Steinbach

Foto: SGK

schädigungen und die Altersversorgung (unser Vorschlag: FW-Rente) sollen darin behandelt werden. Aus den Erkenntnissen der Studie können dann konkrete Forderungen und Folgerungen für die Politik abgeleitet werden – so können wir die Feuerwehren langfristig und nachhaltig stärken und zukunftssicher gestalten.

Bürger-Engagement

Ein weiteres Thema betrifft die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort: Hier soll das neue „Dorfbudget“ als unkomplizierte, unbürokratische Hilfestellung für kleinere Projekte im Ehrenamt in unseren Gemeinden dienen. So möchten wir die Eigeninitiativen von Bürgerinnen und Bürger fördern, sei es die Renovierung eines Spielplatzes oder das Einrichten eines attraktiven Treffpunkts für die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort oder Ideen aus dem DorfCheck, die Möglichkeiten sind nahezu unbegrenzt. Auch diese Idee entstammt unserer Arbeit in der SGK!

Zentral für das Thema Mobilität ist zudem die Instandhaltung und Sanierung unserer Straßen: Mittels eines Sonderprogramms für Landesstraßen wollen wir erreichen, dass der ländliche Raum über die Landes-, Kreis- und kommunalen Straßen weiterhin gut angebunden ist.

Zur Entwicklung der Innenstädte haben wir im SPD-Regierungsprogramm Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung (Fokus auf Start-ups) und in der Städtebauförderung gesetzt und mit der Novelle des LEAP-Gesetzes (lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte) wichtige Weichen gestellt. Damit wollen wir die Innenstadtqualität erhalten und ein attraktives Einkaufserlebnis schaffen. Diesen Themenbereich werden wir als einen „kommunalen Schwerpunkt“ nach der Wahl aufgreifen und innovative Unterstützungen einfordern.

Wie wir sehen, wirkt unsere Arbeit für starke Städte und Dörfer. Nun

Inhalt

Julia Giesecking ist neue Landrätin im Kreis Vulkaneifel

Viel Kommunales im SPD-Wahlprogramm

„Grünes Dorf“ bietet zahlreiche Anreize

Millionen-Pakete für den Klimaschutz

Das Impfzentrum Mainz startet mit weniger Dosen

Hygienemaßnahmen bei Landtagswahl beachten

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz
E-Mail: gabriele.vogelsgesang@sgkrlp.de

Redaktion:

Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressdruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

brauchen wir eine starke SPD-Landtagsfraktion, um diese Ideen zu verwirklichen. Auf geht's!

Mit freundlichen Grüßen
Euer

Nico Steinbach, MdL
SGK-Landesgeschäftsführer

SPD erobert Landratsamt in der Vulkaneifel

Julia Giesecking siegt überraschend klar gegen den bisherigen Amtsinhaber. Erfolgreicher Wahlkampf. Immer ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger

Autor Wolfgang Kröhler

Die Sozialdemokraten können doch noch Wahlen gewinnen. Im Landkreis Vulkaneifel setzte sich die 46-jährige Architektin Julia Giesecking bei der Landratswahl ganz überraschend gegen den bisherigen parteilosen Amtsinhaber Heinz-Peter Thiel durch: Auf die Sozialdemokratin entfielen 66,4 Prozent, auf ihren Gegenkandidaten 33,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,5 Prozent. Bemerkenswert auch: Julia Giesecking ist erst seit 2018 in der Partei, bei den Kommunalwahlen 2019 wurde sie in den Stadtrat von Daun und in den Kreistag des Landkreises Vulkaneifel gewählt. Ihr Lebensmittelpunkt ist ihre Geburtsstadt Daun, wo sie am dortigen Thomas-Morus-Gymnasium auch ihr Abitur ablegte und später in Kaiserslautern und Wien Architektur studierte. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder. Neben der Familie engagiert sich Julia Giesecking in mehreren Vereinen und Institutionen. Sie war Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule Daun und ist aktiv im Schulelternbeirat des Dauner Gymnasiums. Täglich ist sie ebenso im Gewerbe- und Verkehrsverein Daun. Am 1. April tritt Julia Giesecking ihr neues Amt als Landrätin im Landkreis Vulkaneifel an. Mit ihr haben wir nachfolgendes Interview geführt:

Sie haben mit der Wahl zur neuen Landrätin im Landkreis Vulkaneifel einen bemerkenswerten Erfolg erzielt: Sie sind die erste Frau im Chefsessel des Landkreises, mit 66,4 Prozent der Stimmen lagen Sie klar vor dem bisherigen Amtsinhaber Heinz-Peter Thiel (33,6 Prozent, parteilos). Wie überraschend war dieser überwältigende Sieg für Sie?

Sehr überraschend! Gegen einen Amtsinhaber zu kandidieren ist immer schwer. Ein Amtsinhaber hat die Gelegenheit, an Veranstaltungen teilzunehmen und hat jobbedingt viele



Julia Giesecking tritt am 1. April ihr Amt als erste Landrätin im Landkreis Vulkaneifel an.

Foto: Privat

Kontakte zu Multiplikatoren wie Bürgermeisterin und Bürgermeisterinnen sowie Akteuren von Vereinen und Verbänden. Außerdem berichtet die Presse automatisch über die Arbeit des amtierenden Kandidaten und er kann sich auf offiziellen Kanälen der sozialen Medien präsentieren. Alles Plattformen, die mir nicht zur Verfügung gestanden haben. Daher war ich wirklich hin und weg von dem Ergebnis!

Außergewöhnlich war aber auch, dass Sie erst seit zwei Jahren Mitglied in der SPD sind und in kürzester Zeit ja schon eine Traumkarriere in der Partei hingelegt haben. Können Sie uns mal erklären, wie Sie das so schnell und gut hingekriegt haben? Können Sie vor dem Hintergrund ihres Erfolges auch anderen Menschen Mut zusprechen, sich in einer Partei wie der SPD zu engagieren?

Politisch bin ich seit 2014 aktiv, zunächst über den Gewerbe- und Verkehrsverein, der in meinem Heimatort Daun im Stadtrat vertreten ist. Ich hatte damals nicht vor, in eine Partei einzutreten. Für Entscheidungen aus Berlin und Mainz mitverantwortlich gemacht zu werden, fand ich nicht erstrebenswert. Als dann aber die AfD in unsere Parlamente einzog, wurde mir klar: Heute ist es wichtiger denn je, Farbe zu bekennen und sich in einer demokratischen Partei zu engagieren. Also trat ich 2018 in die SPD ein und bin heute sehr froh, gemeinsam mit vielen Genossen und Genossinnen für eine lebendige Demokratie einzustehen. Wichtig finde ich auch, dass sich viele Menschen in unseren Räten einbringen. Denn es liegt an uns, unsere Gemeinden, Städte und Kommunen aktiv zu gestalten. Wir müssen Dinge nicht so lassen, wie sie sind. Wir können sie ändern, wenn wir mitmachen!

Was meine „Traumkarriere“ angeht, da gibt es kein Geheimrezept. Wenn ich etwas anfangen, dann mache ich es auch richtig. Und mit vollem Einsatz und ganzem Herzen. Vielleicht liegt es daran, dass bei mir alles so schnell ging. Vielleicht war ich aber auch einfach zur richtigen Zeit am richtigen Ort ...

In Zeiten der Corona-Pandemie konnte man natürlich nicht wie gewohnt den Wahlkampf gestalten. Wie haben Sie die Wählerinnen und Wähler überzeugt? Waren Sie mehr in den sozialen Netzwerken unterwegs und wie war die Unterstützung durch die Partei?

Ja, die Gestaltung des Wahlkampfes hat uns in der Tat viel Kopfzerbrechen bereitet. In der sowieso kurzen Zeitspanne von zwölf Wochen konnte ich in der ersten Hälfte noch Ortstermine machen. Diese fanden alle im Freien in Form eines Rund-

gangs durch die Gemeinden statt. In der zweiten Hälfte war dies nicht mehr möglich. Um dies zu kompensieren habe ich Bürgersprechstunden in Form von Telefonschalten angeboten. In den sozialen Netzwerken war ich von Beginn an stark unterwegs. Dort konnte ich auch ein tolles Unterstützungsvideo von Malu Dreyer posten, über das ich mich total gefreut habe!

Es war ja vorauszusehen, dass Kontakte mit vielen Menschen nicht möglich sein würden. Daher haben wir von Anfang an auch auf eine starke Präsenz im Straßenraum durch Plakate und großflächige Banner gesetzt. Ergänzt wurde dies durch den Einwurf von Flyern in zwei Phasen: einmal im Zeitfenster der möglichen Briefwahlbeantragung und sehr verstärkt in den letzten 48 Stunden vor der Wahl.

Ein zentrales Wahlkampfthema war die Abschaffung

der Biotonne, vor einem Jahr ersetzte der Kreis diese durch Biotüten, die in Sammelcontainern entsorgt werden. Sie waren dagegen eindeutig für den Erhalt der Biotonne und schlugen sich somit auf die Seiten des Bürgerwillens. Aber außer diesem zentralen Thema gibt es ja noch andere wichtige Aufgaben im Landkreis. Was sind Ihre Schwerpunkte, wenn Sie am 1. April 2021 Ihr neues Amt antreten werden?

Es ist richtig, dass der Gang zu den Biocontainern für viele Bürgerinnen und Bürger in der Vulkaneifel ein tägliches Ärgernis ist. Auch, dass ich eine Befürworterin der haushaltsnahen Biotonne bin, die direkt vor der Haustür steht. Mein Wahlkampfthema war das allerdings nicht.

Unser Kreis steht bei Themen wie Gesundheit, Demografie, Energie- und Verkehrswende vor großen Aufgaben. Das spüren wir gerade

wieder sehr deutlich. Kurz vor dem Jahreswechsel hat der Träger eines unserer beiden Krankenhäuser den Versorgungsauftrag für die stationäre Chirurgie zurückgegeben. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit wird daher sein, Kooperationen von Krankenhäusern, Gesundheitszentren und Ärzten zu unterstützen und für Nachwuchs im Gesundheitsbereich zu werben.

Wenn ich mein Amt antrete, werden wir zudem immer noch voll mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie beschäftigt sein. Es bedarf weiterhin großer Kraftanstrengungen, um die Fallzahlen zu senken und große Teile der Bevölkerung zu impfen, bevor wir zu einem normalen Leben zurückkehren können.

Ihre Wahl zur neuen Landrätin in der Vulkaneifel wurde natürlich auch in den Partiegremien mit großer Freude registriert. Können Sie

Ihren Parteifreunden für die bevorstehenden Landtagswahlen vielleicht noch ein paar Tipps geben, wie man Wahlen gewinnen kann?

Für die Kampagne ist wichtig: positive Signale, viele Plakate und Banner, gutes Design!

Wichtiger ist aber: als Kandidat und als Kandidatin menschlich zu überzeugen. Ein offenes Ohr für die Bürger und Bürgerinnen zu haben, sie ernst nehmen.

Viele tolle Menschen kandidieren momentan für die SPD und an der Spitze steht mit Malu Dreyer eine sehr starke Persönlichkeit! Daher bin ich überzeugt, dass wir die Wahl gewinnen werden und drücke dafür auch ganz fest die Daumen.

Anzeige

DIE AGENTUR AN EURER SEITE



GRAFIK

Layouts | Infografiken | Gestaltung von Flyern & Broschüren | Logoentwicklung | Corporate Designs | Einbindung ins Druckportal

KAMPAGNEN

Strategieentwicklung | Coaching von Kandidat*innen | Kampagnenplanung | Kreation | Digitaler Wahlkampf | Social Media | Plakate | Spots | Mediaplanung

PODCASTS

Konzeption | Beratung | Coaching | Sounddesign | Technische Umsetzung | Postproduktion | Full-Service-Koordination | Vermittlung Sprecher*innen

TEXTE

Pressemitteilungen | Broschüren & Flyer | Magazingestaltung

VIDEO

Imagefilme & Interviews | Animationen & Tutorials | Webstudiokonzeption & -beratung

EVENTS

Digital, hybrid & vor Ort | Parteitage | Wahlkampftouren | Kongresse | Markeninszenierung | Konzeption | Teilnehmer*innenmanagement

SPONSORING

Anzeigenvermarktung | Parteitage-Sponsoring | Event-Sponsoring

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühl nickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600



WWW.ASK-BERLIN.DE

Die SGK setzt Themen im SPD-Wahlprogramm Viele gute Ideen für Kommunen aufgenommen

Landesvorsitzender Michael Ebling und Geschäftsführer Nico Steinbach zeigen sich zufrieden mit den Ergebnissen: Modern und nachhaltig

Autor SGK Rheinland-Pfalz

„Die SPD in Rheinland-Pfalz geht insgesamt mit einem modernen Wahlprogramm an den Start, das eine nachhaltige Entwicklung für unser Bundesland verspricht. Mit Impulsen aus kommunalpolitischer Sicht haben wir Themen setzen können, die zu einer innovativen, praxisorientierten und einer erfolgreichen Entwicklung in unseren Städten und Gemeinden beitragen können“, so die Einschätzung von OB Michael Ebling, Vorsitzender der Landes-SGK, und Nico Steinbach, MdL, Geschäftsführer der Landes-SGK.

In der Delegiertenkonferenz und im Landesvorstand haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der SGK Rheinland-Pfalz intensiv mit kommunalpolitischen Fragen der Zukunft im Vorfeld befasst, Forderungen und Programmpunkte entwickelt, die nun Eingang in das Wahlprogramm der SPD gefunden haben.

SGK setzt Akzente

Die Impulse, die die SGK entwickelt hat, umfassen eine große Bandbreite Themen: vom Klimaschutz bis zur Gesundheitsversorgung, von einer regio-

nen Schulentwicklungsplanung bis zum öffentlichen Wohnungsbau, von einem gestärkten ÖPNV bis zum Kulturlernen. Von diesen und vielen weiteren Themen sind merkliche Aspekte in das Wahlprogramm eingeflossen.

Michael Ebling und Nico Steinbach begrüßen dies: „Besonders freut uns, dass das ‚Dorfbudget‘ beschlossen wurde. Denn so lassen sich Engagement und Initiativen vor Ort zukünftig mit unserer neuen unbürokratischen und pauschalen ‚Dorfbudget‘-Förderung für Gemeinden unterstützen. Kleinere Projekte in Eigeninitiative lassen sich damit einfach und leicht umsetzen.“



Michael Ebling

Foto: Stadt Mainz

Anzeige



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH
DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

Eine Waldprämie steht dafür, dass Waldbesitzer, die zertifizierte Waldbewirtschaftung betreiben, für ihre gesamtgesellschaftlichen Leistungen gefördert werden. Es kann mit der Waldprämie und der Einrichtung eines „Waldklimafonds“ gelingen, den Systemwandel hin zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft einzuleiten und gleichzeitig den kommunalen und privaten Forstbetrieben eine Perspektive im Klimawandel zu geben.

Studie zur Feuerwehr

„Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Blaulichtfamilie sind uns wichtig“, stellen Ebling und Steinbach fest. Deshalb werde eine umfangreiche Studie zum „Ehrenamt Feuerwehr in Rheinland-Pfalz“ auf den Weg gebracht. Konkrete Folgerungen für die Politik sollen daraus abgeleitet werden, um die Feuerwehren nachhaltig zu stärken. Was motiviert sie, was lässt sie zweifeln? Die Studie soll sich damit befassen, was gute Rahmenbedingungen für Feuerwehren und die Katastrophenschutz-Einheiten ausmacht. Aspekte und Fragen zu Freistellungen, Aus- und Weiterbildung, Aufwandsentschädigungen und Altersversorgung, Nachwuchs-

gewinnung, gesellschaftliche Würdigung und Wertschätzungsanreize und viele weitere Erwartungen im Alltagsgeschehen werden behandelt. Dies ist ein wichtiger Anfang, um in den politischen Diskurs nachhaltig einzusteigen.

Bürgerinnen und Bürger nehmen die Kommunen im Land als wichtigen Garanten für ihre Sicherheit wahr. Während zahlreiche Verwaltungseinrichtungen im Corona-Lockdown die Türen schließen mussten, waren die Kräfte der kommunalen Ordnungsämter sicht- und ansprechbar.

Die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kommunalen Vollzugsdienstes wachsen stetig. „Daher begrüßen wir, dass eine umfassendere Ausbildung als sinnvoll gesehen wird. Was zugleich auch eine Grundlage legt, die Befugnisse und der Ausstattung zu erhöhen“, so Ebling und Steinbach. Die beiden SGK-Vertreter sind sich einig, dass ein engagiertes Werben für die SPD in Rheinland-Pfalz sich lohnt, denn neben vielen guten landespolitischen Weichenstellungen seien auch viele wichtige Kommunalthemen im Wahlprogramm-Rucksack.

„Mehr Grün im Dorf“ verbessert Klimaschutz und das Wohnumfeld

Sonderinitiative kommt gut an. Fördergelder für Dorferneuerungsgemeinden stehen bereit

Autor Innenminister Roger Lewentz

Seit März gibt es erstmals die Sonderinitiative „Mehr Grün im Dorf“ im Rahmen der Dorferneuerung. Damit verfolgt Rheinland-Pfalz einen ganzheitlichen Entwicklungsanspruch mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in unseren Dörfern nachhaltig und zukunftsbeständig zu entwickeln. Gerade in Zeiten, in denen dem Klimaschutz und der Wohnumfeldverbesserung eine besondere Rolle zukommen und der Grün- und Freiraumplanung in unseren Dörfern ein hoher Stellenwert eingeräumt wird, trifft die Sonderinitiative den Nerv der Zeit. Durch den großen Zuspruch zur Dorferneuerung allgemein findet auch die Sonderinitiative Gehör bei den Verantwortlichen in den Dörfern, die ihre Bürgerinnen und Bürger für dieses wichtige Thema sensibilisieren und motivieren wollen.

Gesunde Lebensgrundlagen

Für die Sonderinitiative der Dorferneuerung steht ein Sonderkon-

tingent in Höhe von einer Million Euro zur Förderung kommunaler Maßnahmen bereit. Damit können vielfältige Maßnahmen der Dorfökologie sowie der Grün- und Freiraumgestaltung realisiert werden. Eine wesentliche Fördervoraussetzung ist, dass es sich bei den antragstellenden Gemeinden um anerkannte Dorferneuerungsgemeinden handeln muss. Die Gemeinden haben bei der Umsetzung dieser Maßnahmen die Möglichkeit, sich mit Eigenleistungen in Höhe von bis zu 30 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten einzubringen. Mit Hilfe dieser Fördermittel ist es möglich, der Dorfökologie und dem Klimaschutz zu noch mehr Einfluss und Bedeutung zu verhelfen.

Ich denke, gerade in Zeiten klimatischer Veränderungen kann eine Aktion wie „Mehr Grün im Dorf“ dazu beitragen, gesündere Lebensgrundlagen zu schaffen. Mit Bäumen und



Innenminister Roger Lewentz stellt Fördergelder für grüne Dörfer bereit.

Foto: Innenministerium Rheinland-Pfalz

Sträuchern bepflanzte Grünflächen dämpfen Temperaturschwankungen und sorgen besonders an heißen Sommertagen für Kühlung. Als unversiegelte Flächen sind sie für den Grundwasserhaushalt wichtig. Darüber hinaus filtern sie Lärm und Staub und sind Lebensraum für Tiere

und Pflanzen. Auch die Wohnqualität kann enorm profitieren. Reichlich vorhandene und gepflegte Grünanlagen wirken sich positiv auf die Dorfgestaltung und auf das Ortsbild aus. Darüber hinaus tragen sie zu einer Aufwertung der umliegenden Immobilien und zur Steigerung des Wohnwertes in den Ortsgemeinden bei.

Große Nachfrage

Bisher wurden 14 Vorhaben mit Zuwendungen von insgesamt 420.000 Euro gefördert. Die Nachfrage ist groß und das hohe Interesse hat dazu geführt, dass die Initiative auch im kommenden Jahr fortgesetzt wird. Ich wünsche mir, dass diese vielfältigen Maßnahmen über den Klimaschutz hinaus einen Beitrag leisten, dass unsere Dörfer durch die Initiative weiterhin ihren lebens- und liebenswerten Charakter bewahren können.

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**

[www.facebook.com/
demo.online](https://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir



Als ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sind auch Investitionen in den Nahverkehr zu werten, wie hier bei der Einweihung der „Mainzelbahn“ in der Landeshauptstadt Mainz. Auch künftig soll mehr Geld für den ÖPNV bereitgestellt werden.

Foto: SGK-Archiv

Das Land investiert Millionen in den Klimaschutz

Geld fließt vor allem in eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Aber auch energetische Gebäudesanierung, Ladesäulen, Stadt- und Dorfgrün werden gefördert. Hilfen gibt es auch für den ÖPNV

Autor Wolfgang Kröhler

Das Land Rheinland-Pfalz, die Landkreise, Städte und Gemeinden haben sich gemeinsam zum Ziel gesetzt, die Bekämpfung der Erderwärmung und die Eindämmung der Folgen des Klimawandels gemeinsam und solidarisch anzugehen und ihre Kooperation zu intensivieren. Das geht aus einem Schreiben des Umweltministeriums an den Landtagsabgeordneten und SGK-Geschäftsführer Nico Steinbach hervor. Schon seit vielen Jahren engagieren sich zahlreiche Kommunen in Rheinland-Pfalz für den Klimaschutz – bei der Umsetzung kommunaler Klimaschutzkonzepte oder durch investive Einzelmaßnahmen.

Das Bundesumweltministerium hat 22 Kommunen für vorbildliche Leistungen im Klimaschutz ausgezeichnet, aus Rheinland-Pfalz waren davon fünf Gemeinden. „Das ist ein Erfolg für hervorragende kommunalpolitische Konzepte und die inten-

sive Kooperation aller Beteiligten“, würdigt das Umweltministerium das gute Abschneiden.

Geld für Energiewende

Dass das Land Rheinland-Pfalz die Aktivitäten unterstützt, zeigt sich bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln. So seien von 2015 bis heute 120 Millionen Euro in den Klimaschutz investiert worden. Für 2021 seien 29 Millionen Euro im regulären Haushaltsplan für die Energiewende und den Klimaschutz eingeplant – so viele Mittel wie noch nie. Dieses Geld werde durch rund 50 Millionen aus dem Corona-bedingten zweiten Nachtragshaushalt alleine im Umweltministerium ergänzt. Mit dem im Herbst 2020 vom Landtag beschlossenen Sondervermögen zur konjunkturellen Belebung werde der Klimaschutz verstärkt gefördert, heißt es aus dem Ministerium. Bis 2022 würden 200 Millionen Euro bereitgestellt – „ein Meilenstein für das Land Rheinland-

Pfalz“. So profitieren die Kommunen unter anderem von dem ÖPNV-Rettungsschirm, der mit 75 Millionen Euro ausgestattet ist. Mehr als ein Drittel der im Sondervermögen bereitgestellten Zusatzmittel für Kommunen sind im Zuständigkeitsbereich des Umweltministeriums eingeplant. Das sind zum Beispiel:

- Mindestens 5,25 Millionen Euro für Investitionen in energetische Gebäudesanierung, digitale Neuausstattung des kommunalen Energiemanagements und Förderung innovativer Nahwärmenetze und innovativer Energieversorgungsmodelle auf Basis von Erneuerbaren von Kommunen sind eingeplant.
- Von den Fördermitteln für die Solar-Offensive sind mindestens vier Millionen Euro für die Kommunen vorgesehen. Neben einer Ausweitung des Solar-Speicher-Programmes (Förderung von Ladesäulen) startet das Ministerium eine Solar-

Carport-Initiative. Auf vorhandenen Parkplätzen – beispielsweise vor kommunalen Liegenschaften – soll künftig Strom erzeugt und eine Ladeinfrastruktur bereitgestellt werden.

- Für Wasserstoffvorhaben bei kommunalen Kläranlagen stehen weitere 4,5 Millionen Euro zur Verfügung.
- Rund 5,5 Millionen Euro plant das Umweltministerium für die Förderung von Stadt- und Dorfgrün ein.

Über das Sondervermögen hinaus setzt sich das Umweltministerium seit langem dafür ein, Kommunen zu unterstützen, die aufgrund steigender Kosten der Waldbewirtschaftung und durch den Preisverfall auf dem Holzmarkt unter Druck geraten sind. Denn der Erhalt der Wälder in Rheinland-Pfalz sei für den Klimaschutz von herausragender Bedeutung. Rund 9,8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr kompensierten die Wälder – dies entspreche einem Viertel aller CO₂-Emissionen im Land. Schon 2019 seien die GAK-Mittel um 4,3 Millionen auf etwa sechs Millionen und 2020 sogar um 16,5 Millionen auf 22,2 Millionen Euro aufgestockt worden. Ab 2021 würden über die GAK jährlich 15,3 Millionen Euro für Rheinland-Pfalz bereitgestellt, davon etwa 75 Prozent für die kommunalen Waldbesitzer.

Für „Waldklima-Prämie“

Auf Bundesebene setzt sich das Umweltministerium für die Einführung einer „Wald-Klimaprämie“ ein, die mit Waldwachstum und -nutzung verbundene Klimaschutzeffekte honorieren und Waldbesitzer bei der nachhaltigen Bewirtschaftung unterstützen soll. Darüber hinaus hat sich das Ministerium dafür eingesetzt, dass die Mittel im Rahmen des Bundeskonjunkturprogrammes für Forstwirtschaft schwerpunktmäßig in Form einer „Flächenprämie“ für nachhaltig bewirtschaftete Wälder ausgereicht werden, die sich an diesem Modell orientiert. Private und kommunale Waldbesitzer können bei der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe Fördermittel beantragen. Die Förderung beträgt 100 Euro pro Hektar für PEFC- und 120 Euro pro Hektar für FSC-zertifizierte Waldflächen.

Informationen bundeswaldpraemie.de



Anzeige

Erste Impfung im Impfzentrum in Mainz, beobachtet von Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Oberbürgermeister Michael Ebling und Ministerpräsidentin Malu Dreyer (v.l.n.r.).

Foto: Pressestelle Stadt Mainz

In Rheinland-Pfalz insgesamt 36 Impfzentren

Beim Start in Mainz waren Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Oberbürgermeister Michael Ebling dabei

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Seit dem 7. Januar 2021 ist das Impfzentrum für den Bereich der Stadt Mainz in Betrieb – eines von 36 Impfzentren in ganz Rheinland-Pfalz. Das Gebäude der ehemaligen FH in Mainz-Gonsenheim wurde für das Zentrum ausgewählt, weil es sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch per PKW sehr gut erreichbar ist. Das Gebäude ist im städtischen Eigentum und barrierefrei. In deutscher und englischer Sprache führt ein farbles Wegesystem die Impflinge durch die Impfstraße.

Hohe Impfbereitschaft

Die Kapazität: Wie viele Personen täglich geimpft werden können, hängt zunächst von der Zahl der Impfdosen ab, die der Landeshauptstadt Mainz zugeteilt werden. Derzeit wird für den Start mit etwa 200 Impfungen pro Tag kalkuliert. Das Impfzentrum ist jedoch so konzipiert, dass durch die Nutzung von weiteren Räumen bis zu 1.000 Personen täglich geimpft werden können. Die Terminvergabe für das Impfzentrum in Mainz findet zentral über die Terminvergabe des Landes online oder per Hotline statt.

Den Start des Impfzentrums haben sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Gesundheitsministerin

Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Oberbürgermeister Michael Ebling vor Ort angesehen und sich mit Impfbereiten ausgetauscht. „Wir sind froh, dass das Impfzentrum gut gestartet ist und dort so viele Impfstoffdosen wie derzeit vorhanden verimpft werden“, sagte Ebling. Das Zentrum werde gut angenommen und es kämen fast ausschließlich positive Rückmeldungen. „Man merkt, und das begrüße ich ausdrücklich, dass die Impfbereitschaft hoch ist.“

Dank an die Forscher

Mit dem Impfzentrum sei man nun in eine neue Phase der Pandemiebewältigung gestartet. Damit verbunden sei die Zuversicht, in diesem Jahr schrittweise wieder zur Normalität zurückkehren zu können. OB Ebling: „Es erfüllt mich mit Stolz, dass die Mainzer Firma BioNTech die erste Firma auf der ganzen Welt ist, die einen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt hat. Dank der Mainzer Forscherinnen und Forscher blicken sehr viele Menschen jetzt positiver in die Zukunft und auf das neue Jahr“.

Das Impfzentrum Mainz dient zugleich als Basis für die mobilen Teams, die in den Alters- und Pflegeheimen bereits zuvor schon mit den Impfungen begonnen haben.

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Ute Vogt, MdB

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Hygienekonzept für Wahlräume

Landtagswahl ganz im Zeichen der Pandemie-Bestimmungen. Hinweise für Wahlvorstände und die Stimmberechtigten

Autor Wolfgang Kröhler

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 14. März fällt mitten in die Corona-Pandemie. Dabei sind infektionsschutzrechtliche Regelungen zu beachten, die sich insbesondere aus der jeweils aktuellen Corona-Bekämpfungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz (CoBeLVO) ergeben. Ferner können Allgemeinverfügungen der Kreisverwaltungen (bzw. in kreisfreien Städten der Stadtverwaltungen) nach dem Infektionsschutzgesetz Regelungen enthalten, die auch für Wahlräume relevant sind. Vor diesem Hintergrund werden – im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie – den die Wahl durchführenden kommunalen Gebietskörperschaften sowie den Wahlvorständen Hinweise auf maßgebliche Vorschriften und folgende Handlungsempfehlungen zur Verfügung gestellt, die bei Bedarf vor Ort gegebenenfalls konkretisiert werden müssen. Auch wenn man davon ausgeht, dass bei dieser Landtagswahl der Anteil der Briefwahl stark ansteigen wird, werden aber immer noch zahlreiche Stimmberechtigte persönlich in die Wahllokale kommen.

Wahlvorstand verantwortlich

Der Wahlvorstand beziehungsweise der Wahlvorsteher ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlhandlung verantwortlich. Er hat für Ruhe und Ordnung im Wahlraum zu sorgen (§ 17 Abs. 2 LWahlG, § 46 LWO, § 28 Abs. 2 KWG, § 45 Abs. 3 KWO). Der Wahlraum ist insbesondere zur Sicherstellung des Öffentlichkeitsprinzips, aber auch zur effizienten Durchführung der Wahlhandlung möglichst groß auszuweisen. Damit soll der Zutritt für jede Person sichergestellt werden. Insoweit muss – gegenüber früheren Wahlen – gegebenenfalls ein Ausweichen in andere, größere Wahlräume ins Auge gefasst werden. Auf die Möglichkeiten zur Veränderung der Stimmbezirke (§ 10 LWahlG, § 9 LWO, § 10 KWG, § 8 KWO) wird in diesem

Zusammenhang hingewiesen. Der Wahlvorstand ist auch für die Steuerung des Zugangs zum Wahlraum verantwortlich. Dabei können ihn Hilfspersonen unterstützen. Der Zugang zu den Wahlräumen ist nur unter Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zu anderen Personen erlaubt (Abstandsgebot, § 2 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 1 Abs. 2 der 15. CoBeLVO). Dies gilt auch, wenn eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen wird. Zur Einhaltung des Abstandsgebots sollten gut sichtbare Markierungen im Abstand von mindestens 1,5 Metern angebracht werden (§ 2 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 1 Abs. 5 Satz 1 der 15. CoBeLVO). Es sollten sich nur so viele Stimmberechtigte gleichzeitig in den Wahlräumen aufhalten, wie Stimmabgabemöglichkeiten (Wahlkabinen) vorhanden sind.

Nach der Stimmabgabe sollten die Stimmberechtigten den Wahlraum zügig verlassen, es sein denn, sie wollen die Wahlhandlung beobachten. Dann sollte ein Freiraum im Wahlraum zugewiesen werden, der die Einhaltung eines Mindestabstands zu anderen Personen gewährleistet. Der Freiraum hat eine Beobachtung der Wahlhandlung sowie der späteren Auszählung und Ergebnisermittlung zu gewährleisten. Im Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie im Wahlraum selbst gilt grundsätzlich die Maskenpflicht (§ 2 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. § 1 Abs. 3 Satz 4 der 15. CoBeLVO). Wer vorsätzlich oder fahrlässig die Maskenpflicht nicht einhält, begeht eine Ordnungswidrigkeit (§ 24 Satz 1 Nr. 7 der 15. CoBeLVO). Hinsichtlich des Umgangs mit Stimmberechtigten, die das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes beim Betreten des Wahlraums verweigern, wird auf die Handlungsempfehlungen des Landeswahlleiters vom 15. Dezember 2020, Az.: 11 602.31 verwiesen. Personen, die eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen oder von dieser Pflicht durch ärztliches Attest nachweislich befreit sind, darf der Zugang zum

Wahlraum auch bei leichten Symptomen einer Atemwegsinfektion (insbesondere Husten und Erkältungssymptome) nicht verwehrt werden.

Abstand einhalten

In Ausübung ihres Amtes dürfen die Mitglieder des Wahlvorstandes ihr Gesicht nicht verhüllen (§ 12 Abs. 5 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 6 Satz 2 LWahlG, § 26 Abs. 4 i. V. m. § 8 Abs. 4 Satz 2 KWG). Die Pflicht, im Wahlraum eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstandes. Nach hiesiger Rechtsauffassung ist eine Mund-Nasen-Bedeckung keine Gesichtsverhüllung im Sinne der Vorschriften, so dass auch die Mitglieder des Wahlvorstandes eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen haben. Die Stimmberechtigten sind verpflichtet, bei der Feststellung ihrer Identität mitzuwirken. Soweit erforderlich, sollten sie vor der Aushängung des Stimmzettels aufgefordert werden, ihre Mund-Nasen-Bedeckung zur Identitätsfeststellung kurzfristig abzunehmen. Dabei ist der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen im Raum befindlichen Personen einzuhalten. Der Wahlvorstand hat Wählern die Stimmabgabe solange zu verweigern, bis diese die zur Feststellung der Identität erforderlichen Mitwirkungshandlungen nachgeholt haben. Auch in den Wahlräumen ist der Abstand von mindestens 1,5 Metern pro Person sicherzustellen. Maßnahmen zur Wahrung des Abstandsgebotes sind zu treffen, so z.B. angemessen ausgeschilderte Wegekonzepte möglichst mit Einbahnregelungen. Das Abstandsgebot von mindestens 1,5 Metern gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstandes untereinander. Die Zahl der gleichzeitig anwesenden Mitglieder des Wahlvorstandes sollte auf die erforderliche Mindestanzahl reduziert werden. Die Ergebnisermittlung ist öffentlich, jedermann hat Zutritt. Für die Wahlbeobachter und die Mitglieder des Wahlvorstandes gelten die unten genannten Regelungen. Der Zugang von Wahlbeobachtern

sollte nur beschränkt werden, wenn dadurch dauerhaft die Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können und dadurch der Wahlvorstand gesundheitlichen Risiken ausgesetzt würde.

Schutzmaßnahmen treffen

Besondere Hygienemaßnahmen werden empfohlen. Für die Mitglieder der Wahlvorstände sollten weitere geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden. Über die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung hinaus wird empfohlen, zum Schutz der Mitglieder des Wahlvorstandes Spuckschutzwände aufzustellen (zumindest für die Mitglieder, die unmittelbaren Kontakt zum Stimmberechtigten haben [Entgegennahme Wahlbenachrichtigung, Ausgabe der Stimmzettel]), sowie Schutzhandschuhe zur Verfügung zu stellen. Alle Personen müssen sich vor dem Betreten des Wahlraums die Hände desinfizieren. Geeignete Desinfektionsspender sind vorzuhalten. Die geltenden Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln sind durch geeignete Hinweisschilder kenntlich zu machen. Es sind gezielte Maßnahmen zu treffen, um die Belastung der Wahlräume sowie der Zugangsbereiche mit Aerosolen zu minimieren. Alle Räumlichkeiten sind ausreichend zu belüften. Nach der Stimmabgabe des Wählers ist der Tisch in der Wahlkabine zu desinfizieren. Hinsichtlich der Verwendung von Schreibstiften für die Stimmabgabe gelten folgende Alternativen:

- Der Wähler kann einen eigenen, mitgebrachten Schreibstift verwenden.
- Es können die Schreibstifte im rotierenden Verfahren mit den Stimmzetteln aus- und zurückgegeben werden. Sie sind dann vor jedem erneuten Gebrauch zu desinfizieren.
- Es kann jedem Wähler mit dem Stimmzettel ein Schreibstift ausgehändigt werden, den er anschließend mitnehmen darf oder der anschließend entsorgt wird. In den Wahlkabinen werden keine Schreibstifte ausgelegt.
- Information über Hygienemaßnahmen: Die Stimmberechtigten sollten rechtzeitig, umfassend und in geeigneter Weise über die für ihren Wahlraum getroffenen Hygienemaßnahmen informiert werden.